

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD zum Dringlichkeitsantrag „Elektromobilität in Bremen fördern“ (Drs. 18/664 S)

Carsharing fördern und weiterentwickeln

Die Bürgerschaft (Stadt) möge beschließen:

Der Dringlichkeitsantrag „Elektromobilität in Bremen fördern“ (Drs. 18/664 S) wird wie folgt neu gefasst:

Bremen steht in Sachen Carsharing bundesweit an der Spitze. Es ist für seinen Carsharing-Aktionsplan mehrfach ausgezeichnet worden. Für alle Carsharinganbieter gelten die gleichen Bedingungen, sie müssen mit dem Blauen Engel ausgezeichnet sein und nachweisbar mindestens sechs private Autos ersetzen. Die Zahl der NutzerInnen steigt kontinuierlich. Schon jetzt sind deutlich mehr als 10.000 NutzInnen registriert. Bis 2020 sollen es über 20.000 sein. Marktführer in Bremen ist Cambio, der bislang keine Elektroautos anbietet und nur stationsgebundenes Carsharing betreibt. Jedes dieser Carsharingautos ersetzt durchschnittlich elf private Fahrzeuge. Nicht stationsgebundene Carsharingautos ersetzen deutlich weniger private Fahrzeuge. Dieser Ersatz ist ein wichtiges Erfolgs- und Akzeptanzkriterium für Carsharing. Bremen legt auf Dauer den Ersatz von mindestens sechs Fahrzeugen fest, um öffentliche Stellplätze in Anspruch nehmen zu können. Für neue Marktteilnehmer kann es schwierig sein, dies vorab nachzuweisen. Eine verstärkte Marktteilnahme von Carsharingbetreibern, die nur Elektroautos anbieten, ist anzustreben. Sie sollten stationsgebunden arbeiten und den Strom aus erneuerbaren Energien beziehen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

- Ein Konzept zu entwickeln, wie Carsharingbetreiber mit Elektroautos die Nutzung öffentlichen Raumes für Stellplätze ermöglicht werden kann.
- Einen Pilotversuch zu ermöglichen der Carsharing mit Elektroautos erleichtert.
- Der Stadtbürgerschaft innerhalb von acht Monaten einen Bericht über seine Anstrengungen zu erstatten.

Ralph Saxe, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD